



Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
Action Committee Service for Peace-Comité d'Action Service pour la Paix

Endenicher Straße 41
D-53115 Bonn

Telefon: 02 28/2 49 99-0
Telefax: 02 28/2 49 99-20

agdf@friedensdienst.de
www.friedensdienst.de

Bank
BIC
IBAN

KD-Bank eG Duisburg
GENODED1DKD
DE73 3506 0190 1011 3910 16

Protest in Berlin gegen die geplanten Kürzungen in den Jugendfreiwilligendiensten

Bonn, 6. September 2023/dj

Am Rande der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für 2024 haben Freiwillige und Träger vor dem Deutschen Bundestag gegen die geplanten Kürzungen beim Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend protestiert. Laut Entwurf müssen die Jugendfreiwilligendienste 2024 Kürzungen von 25 Millionen Euro und 2025 von nochmals 15 Millionen Euro hinnehmen. Für FSJ, FÖJ und die Internationalen Jugendfreiwilligendienste (IJFD) stünden dann statt 120 Millionen Euro nur noch 95 Millionen 2024 beziehungsweise 80 Millionen Euro im Jahr 2025 zur Verfügung.

An der Protestaktion der Kampagne #meinFIIerhalten forderten ungefähr 40 aktuelle und ehemalige Freiwillige sowie Trägervertreterinnen und -vertreter den Stopp der Kürzungspläne.

„Kürzungen bei den Freiwilligendiensten bedeuten, dass viele junge Menschen auf erste Erfahrungen im Arbeitsleben, ein Sich-Ausprobieren, eine Sensibilisierung für den sozialen Bereich und auf Begegnungen im internationalen Kontext verzichten müssten. Das ist auf lokaler und globaler Ebene ein herber Verlust.“, gibt Mirka Schulz von VIA e.V. zu bedenken. „Gerade in Zeiten, in denen die Welt vor großen Herausforderungen steht, braucht es junge Menschen, die das Zwischenmenschliche und Transkulturelle positiv erfahren haben, die den Gedanken weitertragen und auf diese Weise als Multiplikator*innen fungieren können.“

Stephan Langenberg von ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e.V. zu den geplanten Kürzungen: „Weltweit, selbst in Deutschland, geraten demokratische Werte und Zivilgesellschaften immer mehr unter Druck und werden infrage gestellt. Wenn wir nicht in ihren Erhalt investieren, zum Beispiel durch die Förderung von internationalen Jugendfreiwilligendiensten, dann dürfen wir uns über das Erstarken autoritärer Systeme nicht wundern. Durch das Militär sollen dann die Konsequenzen eingegrenzt werden. Ein kurzsichtiger und sehr kostspieliger Ansatz.“

„Die Mittelkürzungen bedrohen die Freiwilligendienste in ihrem Kern. Ein Drittel der Einsatzstellen für Freiwillige würde dadurch wegfallen. Damit riskiert die Bundesregierung ein erfolgreiches und seit Jahrzehnten bewährtes Format für Orientierung, Bildung, gesellschaftliches Engagement und Demokratiebildung junger Menschen kaputtzusparen!“, so Johannes Zerger von den Internationalen Jugendfreiwilligendienste (ijgd). „Wir appellieren eindringlich an die Mitglieder des Bundestags, im parlamentarischen Verfahren die Förderung der Freiwilligendienste mindestens im bisherigen Umfang zu beschließen.“

Fünf Bundestagsabgeordnete aus Regierung und Opposition bekräftigten vor Ort ihre Unterstützung der Forderungen der Kampagne #meinFIIerhalten. Sie wollen sich in ihren Fraktionen dafür einsetzen, dass das Parlament zusätzliche Mittel für Jugendfreiwilligendienste beschließt. Alle unterstrichen die hohe Bedeutung von Freiwilligendiensten für unsere Gesellschaft.

Michelle Wrecz von der Kampagne #meinFIIerhalten: „Wir begrüßen diese Unterstützung durch Bundestagsabgeordnete ausdrücklich. Die Verhandlungen im Bundestag werden in den nächsten Wochen von weiteren Protesten gegen die geplanten Kürzungen begleitet werden, bei denen wir die Perspektive der internationalen Freiwilligendienste einbringen wollen. Gemeinsam werden wir dafür kämpfen, dass die Bedeutung der Freiwilligendienste anerkannt wird und die geplanten Kürzungen zurückgenommen werden.“

Kontakt:

Jan Gildemeister, Tel. 0228/24 999-13